Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR Europa

Gesunde Städte im 21. Jh.

GESUNDE STÄDTE
FÜR EINEN BESSEREN WIEDERAUFBAU

Politische Erklärung des
Gesunde-Städte-Netzwerks
der Europäischen Region der WHO

Weltgesundheitsorganisation
REGIONALBÜRO FÜR Europa

Gesunde Städte im 21. Jh.

Jahrestagung und Fachkonferenz
des Gesunde-Städte-Netzwerks
der Europäischen Region der WHO

Gesunde Städte in Zeiten einer Pandemie:
Schutz der Bevölkerung und Wiederaufbau zum Besseren

Online-Konferenz, 8.–10. Dezember 2020

Gesunde Städte für einen besseren Wiederaufbau

Politische Erklärung

des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO

Anfragen zu Veröffentlichungen des WHO-Regionalbüros für Europa richten Sie bitte an:
Publications
WHO Regional Office for Europe
UN City, Marmorvej 51
DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark
Oder füllen Sie auf der Website des Regionalbüros für Europa ein Online-Formular für Dokumentation/Information bzw. die Genehmigung zum Zitieren/Übersetzen aus (http://www.euro.who.int/PubRequest?language=German).

Dokumentennummer: WHO/EURO:2021-2092-41847-57402
© Weltgesundheitsorganisation 2021
Gewisse Rechte vorbehalten. Diese Arbeit ist unter der Lizenz von Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 IGO (CC BY-NC-SA 3.0 IGO; https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/igo) erhältlich.

Gemäß den Bestimmungen dieser Lizenz können Sie die Arbeit für nicht gewerbliche Zwecke kopieren, weiterverteilen und anpassen, sofern die Arbeit korrekt zitiert wird (siehe nachstehende Erläuterung). Bei jeglicher Nutzung dieser Arbeit ist jede Andeutung zu vermeiden, dass die WHO bestimmte Organisationen, Produkte oder Leistungen unterstützt. Die Verwendung des WHO-Logos ist nicht gestattet. Wenn Sie die Arbeit anpassen, müssen Sie Ihre Arbeit unter derselben oder einer gleichwertigen Lizenz von Creative Commons lizenzieren. Wenn Sie eine Übersetzung dieser Arbeit erstellen, sollten Sie der beabsichtigten Zitierung folgende Haftungsausschlusserklärung hinzufügen: „Diese Übersetzung wurde nicht von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstellt. Die WHO übernimmt keine Haftung für den Inhalt oder die Genauigkeit dieser Übersetzung. Ausschließlich die englische Originalausgabe ist rechtsverbindlich: Healthy Cities for building back better. Political Statement of the WHO European Healthy Cities Network. Copenhagen: WHO Regional Office for Europe; 2021."
Jede Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus der Lizenz ergeben, ist gemäß den Schlichtungsregeln der Weltorganisation für geistiges Eigentum durchzuführen.

Vorgeschlagene Zitierung: Gesunde Städte für einen besseren Wiederaufbau: Politische Erklärung des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO. Kopenhagen: WHO-Regionalbüro für Europa; 2020, Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 IGO.

Cataloguing-in-Publication (CIP-Daten): CIP-Daten erhalten Sie unter http://apps.who.int/iris.

Verkauf, Rechte und Lizenzvergabe: Zum Kauf von Publikationen der WHO siehe http://apps.who.int/bookorders. Zur Einreichung von Anträgen auf kommerzielle Nutzung und von Anfragen bezüglich Rechten und Lizenzvergabe siehe http://www.who.int/about/licensing.
Material von Dritten: Wenn Sie Material aus dieser Arbeit wiederverwenden möchten, das einem Dritten zugeschrieben wird (z. B. Tabellen, Abbildungen oder Bilder), so tragen Sie die Verantwortung für die Entscheidung, ob dazu eine Genehmigung erforderlich ist, sowie für die Einholung einer solchen Genehmigung beim Urheberrechtsinhaber. Das Haftungsrisiko, das sich aus Verstößen gegen einen im Eigentum Dritter stehenden Bestandteil der Arbeit ergibt, liegt ausschließlich beim Nutzer.
Allgemeine Haftungsausschlüsse: Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung des Stoffes beinhalten keine Stellungnahme seitens der WHO bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets bzw. seiner/ihrer Regierungs- oder Verwaltungsinstanzen oder bezüglich des Verlaufs seiner/ihrer Staats- oder Gebietsgrenzen. Gepunktete und gestrichelte Linien auf Karten bezeichnen einen ungefähren Grenzverlauf, über den möglicherweise noch keine vollständige Einigkeit besteht.

Die Erwähnung bestimmter Firmen oder Erzeugnisse bedeutet nicht, dass diese von der WHO unterstützt, empfohlen oder gegenüber ähnlichen, nicht erwähnten bevorzugt werden. Soweit nicht ein Fehler oder Versehen vorliegt, sind die Namen von Markenartikeln als solche kenntlich gemacht.
Die WHO hat alle angemessenen Vorkehrungen getroffen, um die in dieser Publikation enthaltenen Informationen zu überprüfen. Dennoch wird das veröffentlichte Material ohne irgendeine explizite oder implizite Gewähr herausgegeben. Die Verantwortung für die Deutung und den Gebrauch des Materials liegt bei der Leserschaft. Die WHO schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die sich aus der Verwendung des Materials ergeben.
Diese Publikation gibt die gemeinsame Sichtweise einer internationalen Sachverständigengruppe, den Teilnehmern der virtuellen Jahrestagung des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO vom 8. bis 10. Dezember 2020, wieder und entspricht nicht unbedingt den Beschlüssen oder Grundsätzen der WHO.

Politische Erklärung

Wir, die Bürgermeister und führenden Kommunalpolitiker aus Städten, haben uns vom 8. bis 10. Dezember 2020 versammelt, um unser Bekenntnis zu den Werten und Grundsätzen der Gesunde-Städte-Bewegung zu bekräftigen.

Da unsere Städte die nationalen und internationalen Epizentren der COVID-19-Pandemie sind, verpflichten wir uns, individuell wie kollektiv verstärkt darauf hinzusteuern, unsere Städte gesünder, sicherer, gerechter, inklusiver, widerstandsfähiger und nachhaltiger zu machen.

Wir appellieren an die WHO und die internationale Gemeinschaft, wissenschaftlich fundierte Bekämpfungsmaßnahmen zu ergreifen, die nicht nur dem Schutz der Bevölkerung vor COVID-19 und seinen sozialen und ökonomischen Folgen dienen, sondern auch einem gerechten, gesunden und nachhaltigen Wiederaufbau.

Städte und Kommunalverwaltungen leisten einen zentralen Beitrag dazu, unsere Gesellschaften in die Lage zu versetzen, auf diese beispiellose weltweite Herausforderung zu reagieren und sie zu überwinden. Wir können es uns nicht leisten, zum alten Trott zurückzukehren, sondern müssen einen Wiederaufbau anstreben: besser, gesünder und widerstandsfähiger. Insbesondere gilt:

- Der Klimanotstand, die weltweite Belastung durch nichtübertragbare Krankheiten und die anhaltenden Ungleichheiten zulasten derer, die in unseren Gesellschaften und Volkswirtschaften zurückgelassen werden, dürfen bei unserem Aufbau einer gemeinsamen Zukunft nicht fortbestehen.

- Unser Wiederaufbau muss umweltverträglich, inklusiv, nachhaltig, gesund, sicher und auf Evidenz gestützt sein und neue, ökonomisch ausgerichtete Modelle hervorbringen, die die Gesundheit unserer Bevölkerung erhalten und ihr Wohlbefinden fördern, unsere Umwelt schützen und vor Raubbau bewahren und die Widerstandsfähigkeit unserer Gemeinschaften erhalten.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für das Manifest der WHO für einen gesunden Wiederaufbau nach COVID-19, in dem zur „Schaffung gesunder und lebenswerter Städte“ aufgerufen wird. Wir betonen, dass den Städten eine wesentliche Rolle beim Wiederaufbau nach COVID-19 zukommt. Gesunde und lebenswerte Städte sind nicht nur ein Element eines gesunden Wiederaufbaus, sondern ein integraler Bestandteil, ohne den wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung oder unser gemeinsames Ziel einer nachhaltigen Zukunft nicht verwirklichen können.

Deshalb appellieren wir an die weltweite Gemeinschaft, eine Ökonomie des Wohlergehens zu verwirklichen, die:

- die Chancen auf einen sozialen Aufstieg erhöht und den Menschen ein besseres Leben ermöglicht;

- gewährleistet, dass diese Chancen für alle Teile der Bevölkerung, einschließlich der benachteiligten Schichten, zu positiven Resultaten in Bezug auf Wohlbefinden führen;

- gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung sowohl bei Strategien zur Bekämpfung von COVID-19 als auch beim Wiederaufbau nach der Pandemie in den Mittelpunkt stellt;

- Ungleichheiten abbaut; und

- eine umweltverträgliche und soziale Nachhaltigkeit gewährleistet.

Wir appellieren an die weltweite Gemeinschaft, dies als eine Gelegenheit zur Verbesserung von Stärke, Einheit, Widerstandsfähigkeit und Zusammenhalt sowie der Handlungsfähigkeit in Bezug auf den Klimawandel und seine Folgen, Notlagen, Katastrophen und Erschütterungen und auf gesundheitliche, umweltbedingte, soziale und ökonomische Herausforderungen zu begreifen.

Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, wirken sich auf die Gegenwart aus und werden unsere Zukunft prägen. Sie werden das Leben heutiger und künftiger Generationen beeinflussen. Diese Entscheidungen haben Auswirkungen auf die Umwelt und die Bedingungen, unter denen Menschen heute und künftig leben werden. Sie werden den Ausschlag dafür geben, wie lange wir leben und wie es um unsere Lebensqualität bestellt ist. Wir sind unseren jungen Generationen wie auch künftigen Generationen gegenüber rechenschaftspflichtig in Bezug auf das, was wir heute tun. Ihre Gegenwart und Zukunft hängen davon ab, dass wir alle jetzt handeln.

Gemeinsam:

- anerkennen, begrüßen und bekräftigen wir unser Engagement und unsere Unterstützung für die WHO bei ihrer fortbestehenden zentralen Rolle in den Regionen sowie weltweit zur Unterstützung aller Länder, Städte und Gemeinschaften bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie;

- stehen wir solidarisch mit unseren verbündeten Städten und ihren Bürgern, einschließlich des an vorderster Linie tätigen Gesundheitspersonals und anderer systemrelevanter Arbeitskräfte, die während dieses Ausbruchs unvorstellbar gelitten haben, und unterstützen sie nach Kräften durch unsere gemeinsamen Netzwerke und Foren;

- unterstreichen wir, dass unser Planet, unsere Städte und unsere Orte vor einem Klimanotstand stehen; bei unseren Versuchen einer Erholung von dem ökonomischen Schock aufgrund von COVID-19 dürfen wir die zur Bewältigung dieser Umweltkrise notwendigen Maßnahmen nicht außer Acht lassen;

- heben wir erneut hervor, dass Ungleichheiten die Grundlage der prägenden gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit bilden, einschließlich der Lastenverteilung während der COVID-19-Pandemie, und dass die anfälligsten Gruppen auch am stärksten betroffen sind. Der Aufbau einer gesünderen und glücklicheren Welt nach COVID-19 erfordert vor allem eine Bekämpfung der anhaltenden Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften;

- heben wir hervor, dass wir die Herausforderung durch COVID-19 nur durch Solidarität, Kooperation und Abstimmung bewältigen können, sowohl in der Europäischen Region als auch weltweit. Wir unterstreichen die Führungsrolle von

Städten und Kommunalverwaltungen als Fürsprecher für eine chancengleiche, nachhaltige und evidenzbasierte Reaktion auf COVID-19;

- bekräftigen wir unser Bekenntnis zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zum Konsens der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister: Gesündere und glücklichere Städte für alle;

- begrüßen wir das Europäische Arbeitsprogramm 2020–2025 – „Gemeinsam für mehr Gesundheit in Europa“ und seine vier Flaggschiff-Initiativen: das Bündnis für psychische Gesundheit; die Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln mit Hilfe digitaler Gesundheitsangebote; die Europäische Impfagenda 2030; und die Initiative „Gesundheitsförderliches Verhalten: Berücksichtigung verhaltensbezogener und kultureller Erkenntnisse“.

Partnerschaften und Politiksteuerung für gesundheitliche Maßnahmen gegen COVID-19

Wir unterstreichen die entscheidende Rolle von Städten bei der Unterstützung gesundheitlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19, die der Senkung der Prävalenz der Krankheit und dem Schutz der Gesundheitssysteme dienen, und heben hervor, dass:

- Städte die den Bürgern nächste staatliche Ebene darstellen, auf der die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unserer Bevölkerung, einschließlich der anfälligen Gruppen, stattfindet. Städte dienen als wichtigste Ansatzpunkte, um alle Menschen zu erreichen, zu informieren, zu befähigen und zu schützen und sie im Rahmen eines gesamtsystemischen Ansatzes als Teil der Lösung einzubeziehen;

- Städte die operationellen Partner der nationalen Regierungen bei den Bekämpfungsmaßnahmen sind. Sie sind entscheidende Akteure in nationalen Bereitschafts- und Reaktionsplänen und -maßnahmen, aber auch Anbieter unentbehrlicher Leistungen und Verkehrsknotenpunkte innerhalb von wie auch zwischen Ländern;

- Städte bei der Gestaltung, Vermittlung und Umsetzung der zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 notwendigen gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen sowie bei der Entlastung der Gesundheitssysteme eine zentrale Rolle spielen. Kommunalverwaltungen können zu einer solchen Entlastung beitragen, indem sie das Gesundheitspersonal unterstützen und Solidarität mit den wichtigsten systemrelevanten Arbeitskräften unter Beweis stellen. Städte- und Kommunalverwaltungen tragen wesentlich dazu bei, Gesundheit in den Mittelpunkt aller politischen Entscheidungen zu stellen. Für die Gesundheit von Städten ist eine fach- und ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich;

- führende Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen über hochwertige, aufgeschlüsselte und innerkommunale Daten verfügen müssen, die ihnen zügige und bedarfsgerechte Entscheidungsprozesse auf der kommunalen Ebene ermöglichen, auch zur Umsetzung eines angemessenen Universalismus bei Maßnahmen, Konzepten und Planung;

- Städte für ressort- und ebenenübergreifende Entscheidungsprozesse und Erfolgskontrolle einen gemeinsamen Zugang zu kooperativen Instrumenten und Datenbanken benötigen.

Schaffung gesunder und nachhaltiger Städte

Wir heben hervor, dass COVID-19 grundlegende Auswirkungen auf die räumliche Anordnung von Städten, Gemeinden und Gesellschaften hat, in denen wir leben, lieben, arbeiten und spielen. Insbesondere:

- stellen wir fest, dass aufgrund der Auswirkungen von COVID-19 auf unsere Bevölkerungen, Gesellschaften und Volkswirtschaften ein besonderes Augenmerk auf den Umgang mit und die Schaffung von Räumen wichtiger denn je ist. Maßnahmen der räumlichen und sozialen Distanz haben drastische Auswirkungen auf die Art und Weise, in der wir in unseren Städten mit Räumen umgehen, und haben bis zu einem gewissen Grad unsere Anforderungen an diese Räume verändert. Bei der Schaffung von Räumen gilt es, diesen neu entstandenen Bedürfnissen gerecht zu werden;

- unterstützen wir ein verstärktes Setzen auf aktive Mobilität und werben für die größtmögliche Nutzung aller gesundheitsförderlichen Arten von Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren. Dies dient nicht nur der Bewegungsförderung, sondern auch der Verbesserung von Luftqualität und der Verringerung der gesundheitlichen Auswirkungen von Luftverschmutzung, wie sie in vielen unserer Städte verbreitet auftreten. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass in unseren Städten alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um gesunde Formen von Verkehr und Fortbewegung zu ermöglichen und zu fördern;

- unterstreichen wir, dass ein chancengleicher Zugang zu Grün- und Wasserflächen für Menschen, deren Zugang zur Natur durch gesundheitliche und soziale Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 beschränkt wurde, unverzichtbar ist. Unter Gewährleistung eines Höchstmaßes an Gesundheit und Sicherheit durch Maßnahmen der räumlichen und sozialen Distanz in diesen Bereichen sowie im Einklang mit Leitlinien der WHO und der Länder für öffentliche Gesundheit werden wir uns nach Kräften bemühen, sicherstellen, dass so viele Menschen wie sicher möglich so lange wie sicher möglich Zugang zu diesen gemeinsamen Ressourcen erhalten;

- unterstreichen wir die Bedeutung der Schaffung fußgängerfreundlicher Städte, in denen Zufußgehen als eine sinnvolle Art der Fortbewegung gefördert und durch öffentliche Räume begünstigt wird, die für alle gedacht sind, insbesondere für besonders gefährdete Gruppen, und sie in die Lage versetzen, sich bequem, sicher und ohne Unterbrechung fortzubewegen. Zufußgehen ist der körperlichen und psychischen Gesundheit und dem körperlichen und psychischen Wohlbefinden zuträglich, was während der COVID-19-Pandemie noch wichtiger geworden ist. Dieses besondere Augenmerk auf die Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel muss auch eine Verkleinerung der städtischen Räume nach sich ziehen, die für Autos reserviert sind. Städte, die Gesundheit und Glück fördern, müssen in erster Linie für die Menschen gestaltet werden;

- heben wir die Bedeutung gezielter städtischer Strategien für die Nutzung ökologischer Räume hervor, die der Schaffung ökonomischer, ökologischer und sozialer Werte für die Gesellschaft dienen. Solche Strategien sollten Antworten auf bestehende Herausforderungen beinhalten, wie etwa die Verkleinerung, Privatisierung, Überbewirtschaftung oder Vernachlässigung öffentlicher Räume, sowie auf die Frage, wie diese innerhalb der gesundheitlichen Infrastruktur von Städten positioniert werden. Sie könnten ein besonderes Augenmerk auf die „15-Minuten-Stadt" beinhalten, in der die Bürger ihren gesamten Bedarf innerhalb eines Radius von 15 Minuten Gehabstand decken können und auch Zugang zu Grün- und Wasserflächen sowie offenen Räumen haben;

- unterstreichen wir das Risiko von Ernährungsunsicherheit infolge von COVID-19 sowie die Chancen zur Verbesserung der städtischen Lebensmittelsysteme, um Lebensmittelknappheit unter gefährdeten Kindern und Erwachsenen zu verhindern, die Ernährung und den Zugang zu nährstoffreichen Lebensmitteln zu verbessern, Adipositas zu bekämpfen, die Nachhaltigkeit von Lebensmittelerzeugung und -konsum zu fördern und städtische Umfelder durch städtische Landwirtschaft und Stadtbauernhöfe aufzuwerten;

- weisen wir erneut auf die Bedeutung einer gesundheitsförderlichen Städteplanung für die Gestaltung der Städte der Zukunft hin, in denen ein aktiver und gesunder Lebensstil begünstigt und gleichzeitig die räumliche und soziale Distanz ermöglicht wird, die zur Einhaltung der Leitlinien der WHO und der Länder für öffentliche Gesundheit geboten ist;

- sind wir uns darüber im Klaren, wie sich die Bekämpfung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten durch unsere Städte auf die Art und Weise auswirkt, in der wir die Erbringung der maßgeblichen Gesundheitsleistungen (einschließlich der primären Gesundheitsversorgung) gestalten und unsere Städte und die Systeme zur Unterstützung ihrer Bewohner planen.

Wir heben die entscheidende Bedeutung sozialer und kultureller Elemente bei der Bekämpfung von COVID-19 hervor. Gemeinsam:

- wollen wir die am stärksten gefährdeten Menschen in unseren Gemeinschaften schützen. Dazu zählen ältere Menschen, Personen mit Vorerkrankungen und besonderem Risiko schwerer Krankheitsverläufe, aber auch Kinder und ihre Betreuungspersonen;

- unterstreichen wir die Bedeutung von Bildung als einer zentralen sozialen Determinante von Gesundheit, die für das gegenwärtige und künftige Wohlbefinden grundlegend wichtig ist, und verpflichten uns, die Störung des Bildungsbetriebs in allen Altersgruppen, insbesondere bei Kindern, auf ein Minimum zu beschränken, indem wir nach besten Kräften virtuelle, innovative und maßgeschneiderte Bildungskonzepte bereitstellen. Wir sind entschlossen, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um die Kontinuität wissenschaftlicher Ausbildung, Forschung und Arbeit sicherzustellen, die eine wissenschaftliche Weiterentwicklung gewährleistet;

- stellen wir mit Besorgnis die Zunahme zwischenmenschlicher Gewalt – einschließlich der Gewalt durch Intimpartner und der Gewalt gegen Kinder – fest und verpflichten uns zu jeder möglichen Maßnahme zur Bekämpfung dieses besorgniserregenden Trends;

- stellen wir ferner mit Besorgnis die wachsende Belastung der psychischen Gesundheit durch COVID-19 und seine sozialen und ökonomischen Auswirkungen auf unser Gesundheitspersonal sowie auf öffentliche Angestellte, Bevölkerung und Kinder fest und sind entschlossen, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen;

- erkennen wir die erheblichen psychischen und psychosozialen Folgen der zur Unterbindung der Ausbreitung von COVID-19 ergriffenen gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen an und sind entschlossen, auf diese Folgen mit angemessenen Maßnahmen zu reagieren;

- heben wir die Bedeutung von Kultur, Kunst und Bildung für die psychische und körperliche Gesundheit und das seelische und körperliche Wohlbefinden hervor und sind entschlossen, nach besten Kräften den virtuellen Zugang zu Aktivitäten und Veranstaltungen im Bereich Kunst und Kultur (Museen, Theater, Musik und Live-Auftritte) zu gewährleisten. Dies ist insbesondere in einer Zeit kollektiver Belastung wichtig, in der – wie jetzt – der Zugang zum kulturellen Leben eingeschränkt ist, und wir werden unserer Rolle als Förderer und Vermittler von Kultur für die Menschen in unseren Städten gerecht werden;

- verstehen wir unsere Rolle beim Aufbau friedlicher und auf Zusammenhalt gegründeter Gesellschaften, die für künftige Erschütterungen gerüstet sind und im Falle instabiler und von Konflikten betroffener Staaten einen Übergang zu Frieden und dessen Aufrechterhaltung gewährleisten können.

Wir erkennen die erhebliche ökonomische Herausforderung, die sich aus der Pandemie ergibt, sowie deren Folgen für die Wirtschaft auf globaler, nationaler und lokaler Ebene an. Deshalb:

- sind wir entschlossen, zusammen mit unseren nationalen Regierungen eine ausreichende finanzielle und ökonomische Unterstützung für die Kommunen als zentrale Akteure bereitzustellen und entsprechende Hilfspakete aufzulegen, die ausgewogen sind und den am stärksten gefährdeten Gruppen in unseren Gesellschaften zugute kommen und die psychische Belastung verringern, die sich durch Einkommensverluste und finanzielle Ungewissheit ergeben;

- sind entschlossen, lokale Betriebe und Unternehmen während der gesamten Dauer der räumlichen und sozialen Distanzmaßnahmen zu unterstützen und ihnen das Überleben sowie eine Weiterbeschäftigung ihrer Mitarbeiter und eine weitere Umsetzung der notwendigen gesundheitlichen Maßnahmen zu ermöglichen und so zu einem gesunden und nachhaltigen Wiederaufbau beizutragen;

- unterstreichen die Bedeutung gesundheitlicher Maßnahmen für die Begrenzung der Ausbreitung von COVID--19 und die Entlastung der Gesundheitssysteme zusammen mit dem Versuch, die ökonomischen Folgen vorübergehender wirtschaftlicher Inaktivität von Unternehmen aufzufangen;

- heben hervor, dass die Neugestaltung von Volkswirtschaften auf der nationalen und lokalen Ebene eine Chance darstellt, weiter in grüne, silberne und andere Modelle der ökonomischen Umgestaltung zu investieren, die auf eine nachhaltigere Zukunft und einen Wiederaufbau zum Besseren abzielen.

Wir bekräftigen die Bedeutung von Politiksteuerung für eine wirksame Antwort auf die Pandemie sowie die Tatsache, dass Chancengleichheit und eine wirksame Politiksteuerung wesentliche Grundsätze für den Aufbau widerstandsfähiger Städte und Gesellschaften bilden, die in der Lage sind, COVID-19 und seine Folgen zu bewältigen. Deshalb:

- unterstreichen wir erneut die Bedeutung einer verantwortungsbewussten Führung von Städten und die Rolle von Bürgermeistern für die lokale, nationale und internationale Ebene sowie die Bedeutung einer Abstimmung zwischen der städtischen und anderen staatlichen Ebenen;

- sind wir entschlossen, bei der Bekämpfung von COVID-19 gesamtgesellschaftliche und gesamtstädtische Konzepte zu verfolgen, uns an gesamtstaatlichen Konzepten zu beteiligen und je nach Bedarf alle maßgeblichen Interessengruppen und Akteure einzubeziehen;

- nehmen wir die durch COVID-19 verursachte Krise energisch in Angriff, indem wir uns aktiv beteiligen, in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz Partnerschaften mit Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft aufbauen und im Geiste der Inklusion alle Bevölkerungsgruppen und maßgeblichen Akteure in die Suche nach Lösungen für die verschiedenen durch die Pandemie bedingten Probleme einbeziehen;

- sind wir entschlossen, die Beziehungen zwischen Staat und Bürgern zu bekräftigen, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu fördern und Fehlinformationen zu bekämpfen. In Krisenzeiten muss der Staat in seinem Handeln auf allen Ebenen Transparenz und Integrität wahren und seine Bevölkerung unterstützen und schützen, ohne Ausnahme und getreu der Maxime, niemanden zurückzulassen – Grundsätze, die wir in den Mittelpunkt unserer Handlungsbemühungen stellen werden;

- stellen wir sicher, dass bei den Maßnahmen zugunsten von Menschen und Gemeinschaften eben diese Menschen und Gemeinschaften einbezogen werden, indem eine partizipatorische Politikgestaltung gefördert wird, die die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit einbindet und Eigenverantwortung für den bevorstehenden Prozess des Wiederaufbaus nach COVID-19 fördert;

- sind wir entschlossen, konsequent und unmissverständlich wissenschaftlich fundierte und auf Evidenz gestützte Entscheidungen zu treffen, die sich an Empfehlungen der WHO und den Goldstandard gesundheitswissenschaftlicher Erkenntnisse halten, und gegen Fehlinformationen und anderslautende Aussagen vorzugehen, um Schaden von den Menschen abzuwenden, die sich auf uns verlassen;

- räumen wir auf nationaler und internationaler Ebene dem Schutz und der Kontinuität von Versorgungsketten für Arzneimittel, Lebensmittel, persönliche Schutzausrüstungen und alle notwendigen Güter für die Aufrechterhaltung einer

nachhaltigen und ausgewogenen Reaktion auf COVID-19 in allen Ländern Vorrang ein;

- stellen wir fest, dass eine wirksame Bekämpfung von COVID-19 letztendlich eine Einbindung von Menschen und Gemeinschaften erfordert und dass Städte und Kommunen als den Bürgern nächste staatliche Instanz die auf der kommunalen Ebene notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 ermöglichen und in die Wege leiten müssen. In Menschen und Gemeinschaften investieren bedeutet, in Kommunen zu investieren. Wir sind der Schlüssel zu jeglicher erfolgreicher Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Abschließend erklären wir, dass:

- weltweite Solidarität jede Art von wirksamer Reaktion auf die COVID-19-Pandemie untermauern wird. Die Herausforderungen sind in allen Städten und Ländern ähnlich, und wir müssen einander beistehen. Diese Erklärung soll dazu beitragen, uns zusammenzubringen, unsere individuellen Botschaften zu vereinheitlichen, sie dadurch zu stärken und eine neue Dynamik für eine lokale Reaktion auf ein globales Problem zu schaffen;

- wir gemeinsam aus dieser Pandemie gesünder, widerstandsfähiger, gestärkt und einander enger verbunden hervorgehen müssen. Um diese Botschaft zu verbreiten, führt die WHO Partnerorganisationen zusammen, darunter internationale Partnerorganisationen aus dem System der Vereinten Nationen und darüber hinaus, Partner aus allen Teilen der Gesellschaft auf Ebene der Europäischen Region und der Länder, nationale Organisationen und vor allem Städte und Kommunen. Wir müssen gemeinsam und geschlossen auf diese Krise reagieren;

- unsere entschlossene Antwort als Beispiel für eine globale Allianz zur Bewältigung künftiger Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit dienen wird, die plötzlich und unvermittelt auftauchen können, wie etwa die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels;

- wir uns gemeinsam dazu verpflichten, die Umsetzung des Europäischen Arbeitsprogramms 2020–2025 – „Gemeinsam für mehr Gesundheit in Europa“ unter Schwerpunktlegung auf dessen vier Flaggschiff-Initiativen zu unterstützen:
    - ✓ das Bündnis für psychische Gesundheit,
    - ✓ die Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln mit Hilfe digitaler Gesundheitsangebote,
    - ✓ die Europäische Impfagenda 2030 und
    - ✓ die Initiative „Gesundheitsförderliches Verhalten: Berücksichtigung verhaltensbezogener und kultureller Erkenntnisse“.

Wir verpflichten uns, der 71. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa im Jahr 2021 über unsere Fortschritte auf diesem Gebiet Bericht zu erstatten.

Als Bürgermeister und Kommunalpolitiker aus allen Teilen der Europäischen Region der WHO:

- bekennen wir uns zu den in dieser Politischen Erklärung genannten Maßnahmen;

- fordern wir die Städte auf, sich zusammenzuschließen, diesen Aufruf zu Solidarität zu wiederholen und in enger Zusammenarbeit eine gesunde und nachhaltige Reaktion auf COVID-19 zu ermöglichen;

- fordern wir alle Partnerorganisationen auf, diese Bemühungen zu unterstützen, sie nach Möglichkeit innerhalb ihrer jeweiligen Mandate zu ermöglichen und in allen Instanzen zu fördern und sich durchwegs an ihrer Durchführung zu beteiligen;

- fordern wir die Mitgliedstaaten der WHO auf, Städte und Kommunalverwaltungen in die Bemühungen im Kampf gegen COVID-19 einzubeziehen, insbesondere durch das Gesunde-Städte-Netzwerk der WHO und nationale Netzwerke, und die Ressourcen unserer Netzwerke zu nutzen und uns bei der Bewältigung dieser Krise zu unterstützen;

- fordern wir die WHO auf, mit Städten und Kommunalverwaltungen zusammenzuarbeiten, um Leitlinien und Empfehlungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit auf kommunaler Ebene zu erstellen, und die Reichweite der bestehenden Netzwerke der WHO zu nutzen, um die Anstrengungen zur Bekämpfung von COVID-19 weiter zu verstärken;

- erhoffen wir uns, dass jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin aus dieser Krise gestärkt, gesünder, glücklicher, besser vorbereitet und widerstandsfähiger hervorgeht;

- werden wir niemanden zurücklassen.

Anhang 1: Frühere Dokumente mit Handlungsverpflichtungen

- Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung (WHO, 1986)
- Erklärung von Athen für Gesunde Städte (WHO-Regionalbüro für Europa, 1998)
- Handeln für Chancengleichheit in Europa: Erklärung der Bürgermeister des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO in Phase III (1998–2002) (WHO-Regionalbüro für Europa, 2000)
- Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO, 2003)
- Erklärung von Belfast für Gesunde Städte: Die Bedeutung des Handelns auf kommunaler Ebene (WHO-Regionalbüro für Europa, 2003)
- Gesunde und sichere Städte entwerfen: Herausforderungen für eine gesundheitsförderliche Städteplanung – Erklärung der Bürgermeister und politisch Verantwortlichen im Gesunde-Städte-Netzwerk der Europäischen Region der WHO und in den Nationalen Gesunde-Städte-Netzwerken in der Europäischen Region (WHO-Regionalbüro für Europa, 2005)
- Gesundheit für alle: Das Rahmenkonzept für die Europäische Region der WHO – Aktualisierung 2005 (WHO-Regionalbüro für Europa, 2005)
- Zugewinn an Gesundheit: Die Europäische Strategie zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten (WHO-Regionalbüro für Europa, 2006)
- Europäische Charta zur Bekämpfung der Adipositas (WHO-Regionalbüro für Europa, 2006)
- Aalborg+10 – Inspiring Futures (2006)
- Die Charta von Tallinn: Gesundheitssysteme für Gesundheit und Wohlstand (WHO-Regionalbüro für Europa, 2008)
- Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten: Umsetzung der globalen Strategie. Bericht des Sekretariats (WHO, 2008)
- Beseitigung des Gefälles innerhalb einer Generation: Gesundheitliche Chancengleichheit durch ein Ansetzen an den sozialen Determinanten von Gesundheit (Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit, 2008)
- Politische Erklärung der Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten (Vereinte Nationen, 2011)
- Politische Erklärung von Rio über die sozialen Determinanten von Gesundheit (2011)
- Verpflichtung von Lüttich des Gesunde-Städte-Netzwerks (WHO-Regionalbüro für Europa, 2011)
- Gesundheit 2020: Rahmenkonzept und Strategie der Europäischen Region für das 21. Jahrhundert (2012)
- Globaler Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten (2013–2020) (WHO, 2013)
- Umsetzung der Zukunftsvision aus „Gesundheit 2020“ in die Praxis: Politiksteuerung für mehr Gesundheit im 21. Jahrhundert (WHO-Regionalbüro für Europa, 2013)
- Erklärung von Athen für Gesunde Städte (WHO-Regionalbüro für Europa, 2014)

- Beitrag zur sozialen und ökonomischen Entwicklung: nachhaltige ressortübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und der gesundheitlichen Chancengleichheit (Resolution WHA67.12 der Weltgesundheitsversammlung, 2014)
- Die Erklärung von Minsk über den Lebensverlaufansatz im Kontext von Gesundheit 2020 (2015)
- Die Neue Urbane Agenda, Habitat III (Vereinte Nationen, 2016)
- Konsens von Schanghai über Gesunde Städte (2016)
- Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Vereinte Nationen, 2015)
- Erklärung von Pécs über Gesunde Städte (WHO-Regionalbüro für Europa, 2017)
- Erklärung des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO und des Netzwerks Regionen für Gesundheit der WHO auf der Sechsten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit (WHO-Regionalbüro für Europa, 2017)
- Fahrplan zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage von Gesundheit 2020, dem Rahmenkonzept der Europäischen Region für Gesundheit und Wohlbefinden (WHO-Regionalbüro für Europa, 2017)
- Konsens der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister: Gesündere und glücklichere Städte für alle (WHO-Regionalbüro für Europa, 2018)
- Erklärung von Astana über die primäre Gesundheitsversorgung (2018)
- Erklärung von Ljubljana über gesundheitliche Chancengleichheit (2019)
- Europäisches Arbeitsprogramm 2020–2025 – „Gemeinsam für mehr Gesundheit in Europa“ (2020)

Das WHO-Regionalbüro für Europa

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine 1948 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich in erster Linie mit internationalen Gesundheitsfragen und der öffentlichen Gesundheit befasst. Das WHO-Regionalbüro für Europa ist eines von sechs Regionalbüros, die überall in der Welt eigene, auf die Gesundheitsbedürfnisse ihrer Mitgliedsländer abgestimmte Programme durchführen.

Mitgliedstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Israel
Italien
Kasachstan
Kirgisistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Montenegro
Niederlande
Nordmazedonien
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russische Föderation
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tadschikistan
Tschechien
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Vereinigtes Königreich
Zypern

Weltgesundheitsorganisation
Regionalbüro für Europa

UN City, Marmorvej 51, DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark
Tel.: +45 45 33 70 00 Fax: +45 45 33 70 01
E-Mail: eurohealthycities@who.int
Website: www.euro.who.int